



## Medienmitteilung

Zürich, 25. November 2021

### **Beschlüsse der Kommissionen**

#### **KSSG: Bund soll sich an Kosten der Spitäler wegen COVID-19-Verordnung beteiligen**

Die Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit (KSSG) beantragt dem Kantonsrat mit 10 zu 4 Stimmen, beim Bund eine Standesinitiative mit der Forderung einzureichen, der Bund müsse sich an den durch seine COVID-19-Verordnung 2 verursachten Kosten und Ertragsausfällen der Spitäler und Kliniken angemessen beteiligen ([KR-Nr. 298/2020](#)). Sie unterstützt damit eine parlamentarische Initiative (PI) von GLP-Kantonsrat Ronald Alder mit dieser Forderung. Der Bund soll sich demnach zusammen mit den Krankenkassen und den anderen Kostenträgern an den Kosten beteiligen. Die COVID-19-Verordnung 2 verbot den Gesundheitseinrichtungen nicht dringend angezeigte medizinische Eingriffe und Therapien, um die Kapazitäten für die Aufnahme von COVID-19-Patientinnen und -Patienten sicherzustellen. Die Mehrheit der Kommission will mit der Standesinitiative die Verhandlungsposition des Kantons gegenüber dem Bund stärken und ein Zeichen setzen. Eine Minderheit aus Grünen und einem Teil der SP lehnt die PI ab wegen der bisher geleisteten Unterstützung des Bundes in vielen anderen Bereichen während der Corona-Pandemie. Eine weitere Minderheit (Mitte) lehnt die PI ab, weil sie davon ausgeht, dass bei einer Annahme der Standesinitiative die Kosten für den Kanton Zürich aufgrund des Finanzausgleichs sogar höher ausfallen könnten, da er als Geberkanton indirekt auch die Spitäler der anderen Kantone unterstützen müsste.

KSSG-Präsident: Benjamin Fischer (SVP, Volketswil), 079 394 13 37

#### **KSSG: Überprüfung des Pflegegesetzes gefordert**

Die Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit (KSSG) beantragt dem Kantonsrat, das Postulat von FDP-Kantonsrätin Astrid Furrer betreffend eine kostendeckende Finanzierung der Gerontopsychiatrie in Heimen als erledigt abzuschreiben ([5754](#)). Mit dem Postulat wurde der Regierungsrat beauftragt, darzulegen, wie ein zeitgemässes Vergütungssystem für die Pflege, Betreuung und Unterbringung von betagten pflegebedürftigen Psychatriepatienten in der Langzeitpflege aussehen könnte, das die tatsächlichen Aufwendungen deckt. Der Fokus lag auf der finanziellen Beteiligung des Kantons an dieser Schnittstellenaufgabe von Gemeinden und Kanton. Die KSSG nimmt den Bericht zur Kenntnis und verspricht sich weitere Antworten im Bericht des Regierungsrates zum Postulat von Astrid Furrer betreffend zeitgemässe Spital- und Pflegefinanzierung (KR-Nr. 12/2020). Die KSSG sieht ein generelles Problem in der Langzeitpsychiatrie und stellt fest, dass das Pflegegesetz einer Überprüfung unterzogen werden sollte.

KSSG-Präsident: Benjamin Fischer (SVP, Volketswil), 079 394 13 37

#### **KEVU: Mehrheit will keine weitere Standesinitiative für eine Kerosinsteuer**

Die Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt (KEVU) beantragt dem Kantonsrat, eine parlamentarische Initiative (PI) von Robert Brunner, Altkantonsrat der Grünen, abzulehnen,



mit der die Einreichung einer Standesinitiative zur Einführung einer Kerosinsteuer gefordert wird ([KR-Nr. 231/2018](#)). Diese soll als Lenkungsabgabe sowohl für nationale wie auch für internationale Flüge zur Reduktion des CO<sub>2</sub>-Austosses beitragen. Die Kommissionsmehrheit begründet ihren Ablehnungsantrag damit, dass der Bund für das Thema bereits sensibilisiert sei und an einer nationalen Lösung arbeite. Seit der Einreichung der PI habe der Souverän das CO<sub>2</sub>-Gesetz des Bundes abgelehnt, und keine der in dieser Sache bereits eingereichten Standesinitiativen sei von den eidgenössischen Räten aufgenommen worden. Die Kommission ist sich allerdings einig darin, dass das Problem angegangen werden muss, und hat die aktuellen Gegebenheiten einer erneuten Analyse unterzogen. Der KEVU-Mehrheit ist es wichtig, dass für ein globales Problem eine globale Lösung gefunden wird. Einen schweizerischen Alleingang, der den Standort Zürich schwächt, lehnt sie entschieden ab. Die Kommissionsminderheit (SP, GLP, Grüne) setzt auf eine abgeänderte PI. Sie beurteilt die Kerosinsteuer im Rahmen der EU-Staaten als wirksames, marktwirtschaftliches Instrument. Der Internationalität des Problems werde mit der Forderung Rechnung getragen, dass sich die Schweiz in der EU frühzeitig in die Diskussion einbringen müsse. Die Standesinitiative sei ein wichtiges Signal des Flughafenkantons Zürich, dass er gewillt sei, seine Verantwortung im Flugverkehr auch beim Klimaschutz wahrzunehmen.

KEVU-Präsident: Alex Gantner (FDP, Maur), 079 400 23 43

#### **KPB: LSI 2021 soll genehmigt werden**

Die Kommission für Planung und Bau (KPB) beantragt dem Kantonsrat, die langfristige, strategische Immobilienplanung (LSI) 2021 zu genehmigen ([5741](#)). Das Immobilienamt erstellt diese Planung jährlich über die Immobilien des Kantons und seiner öffentlich-rechtlichen Anstalten, einschliesslich der Universität Zürich und der Immobilien der Fonds im Verwaltungsvermögen. Der Kantonsrat genehmigt die LSI gleichzeitig mit der Festlegung des Budgets und des Konsolidierten Entwicklungs- und Finanzplans.

KPB-Präsident: Andrew Katumba (SP, Zürich), 079 336 28 82

#### **KPB: 70 Mio. Franken für die Instandsetzung von Liegenschaften in Zürich**

Die Kommission für Planung und Bau (KPB) beantragt dem Kantonsrat einstimmig, dem Objektkredit von Fr. 69 480 000 für die Gesamtinstandsetzung der Liegenschaften Zollstrasse 20/36 in Zürich zuzustimmen ([5703](#)). Der Kanton hat die Liegenschaften 2012 ins Finanzvermögen erworben, um sie als Rochadefläche bei der Erneuerung und Gesamtinstandsetzung der Verwaltungsgebäude der engeren Zentralverwaltung (eZV) zu nutzen.

KPB-Präsident: Andrew Katumba (SP, Zürich), 079 336 28 82

*Auf dem vorliegenden Bulletin sind alle publikationsreifen Beschlüsse festgehalten, die seit dem letzten Bulletin von Kommissionen gefasst und noch nicht kommuniziert wurden.*